

In Blantyre, Malawi, kamen Mitte November die Mitglieder der „Konferenz für die Koordinierung der wirtschaftlichen Entwicklung im südlichen Afrika“ (SADCC) zusammen. Neun Länder – Angola, Botswana, Lesotho, Malawi, Moçambique, Sambia, Swasiland, Simbabwe und Tansania – hatten sich vor einem Jahr in diesem Gremium zusammengeschlossen; die Bestandsaufnahme in Blantyre fand auf Ministerebene statt. Bei ihrer Gründung hatten westliche Länder und die überwiegend von ihnen finanzierten internationalen Organisationen 850 Millionen Dollar in Aussicht gestellt, wobei freilich anzunehmen war, daß es sich nicht um zusätzliche, sondern von anderen bilateralen Programmen abgezweigte Hilfe handeln würde. Damit sollten mehrere diesen Ländern gemeinsam dienende Einrichtungen – z. B. *Fach- und Hochschulen* – finanziert und *Verkehrswege* der Region verbessert werden. Sechs der Konferenz-Staaten sind als Binnenländer ganz oder teilweise auf Südafrikas Verkehrsnetz angewiesen, was nicht nur für die betroffenen Länder aus politischen Gründen ein Problem darstellt, sondern auch häufig zu einer Überlastung der Verkehrswege führt. Ein Jahr nach der Gründung sind von den in Aussicht gestellten finanziellen Mitteln aber erst 200 Millionen zugesagt und davon nur ein Bruchteil gezahlt worden. Die 28 Geberländer und zwölf internationalen Organisationen, die in Blantyre erschienen waren, klagten ihrerseits, daß die Entwicklungsländer zu *wenige und unzureichende Projektvorschläge* vorgelegt hätten. Westliche Diplomaten äußerten mehrfach auch ihre Mißbilligung, daß die auf Wirtschaftsfragen ausgerichtete Konferenz über Südafrika derart politisch geworden sei, daß Entwicklungsprojekte eigentlich nur noch am Rande erwähnt worden seien. Die Staaten warfen Südafrika vor, ihre Versuche zu sabotieren, durch die Entwicklung bestehender und die Einrichtung neuer Verkehrswege untereinander von Südafrikas Eisenbahnen und Häfen unabhängig zu werden. Tansanias Staatspräsident Nyerere ließ die Gelegenheit nicht aus, sein Land als angebliches Opfer südafrikanischer Willkür hinzustellen, eine weitere Quelle westlicher Entwicklungshilfe anzuzapfen und die gleichen Länder wegen angeblicher „Komplizenschaft“ mit Südafrika anzuprangern. Beendet wurde die Konferenz mit dem Beschluß, in der Republik Botswana ein ständiges Sekretariat einzurichten.

Die guatemalteckischen Bischöfe forderten von der Regierung ihres unter Repression und Terror leidenden Landes sofortige und durchgreifende Reformen, die verhindern sollen, daß das Land „in

den Abgrund eines gnadenlosen Blutbades gestürzt“ wird. In einem gemeinsamen Hirtenbrief heißt es, nur die religiösen und sittlichen Werte des guatemalteckischen Volkes könnten das Land aus der institutionalisierten Gewalt und der Subversion retten. Allein mit den Prinzipien einer „christlichen Befreiung“ könne Guatemala aus seiner *sozialen* und *politischen Notsituation* herausfinden. „Mit tiefem Schmerz“ weisen die Bischöfe auf die besorgniserregende Verschärfung der Gewalt im Lande hin. In der Erklärung heißt es, Guatemala brauche dringend ein „Klima des Friedens und der Sicherheit“, um die auf der Mehrheit des Volkes lastenden schweren sozialen Probleme durch Reformen lösen zu können. „Statt dessen machen all die neuen Formen der Gewalt – Entführung, Folter, heimtückische Überfälle auf Indiohöfe – ein gerechteres und brüderliches Zusammenleben nur noch schwieriger.“ Kompliziert werde die Lage noch dadurch, daß Guatemala, wie das gesamte übrige Mittelamerika, zum „Schlachtfeld der großen Hegemoniebestrebungen der Welt, sowohl der wirtschaftlichen wie der ideologischen“, geworden sei. – Die katholische Kirche in Guatemala erlebt seit etwa zwei Jahren eine regelrechte Verfolgung seitens des Staatsapparates und radikal rechtsgerichteter Kräfte im Lande. Wie Vertreter des guatemalteckischen Justitia-et-Pax-Komitees in Spanien bekannt geben, sind bisher 12 Priester ermordet, 91 Diözesanpriester und 64 Ordensleute mit dem Tode bedroht oder außer Landes. Ein Bischof (Conedera Juan Gerardi, Santa Cruz del Quiché) ist im Exil, 60 Pfarreien sind verwaist. Da Ansammlungen von mehr als drei Personen als subversiv gelten und in zahllosen Fällen brutal zerschlagen worden seien, traue sich die Bevölkerung nicht mehr in die Kirchen. Die Eucharistie werde im geheimen gefeiert, Bibeln aus Angst vor Hausdurchsuchungen vergraben. Trotz dieser Situation nehmen die Bischöfe in ihrem Hirtenbrief zur *Theologie der Befreiung* sehr vorsichtig Stellung. Der von der Kirche verkündete Christus, so heißt es in dem Hirtenbrief, sei „der Erlöser, der den Menschen von der Sünde und ihren Folgen befreit, aber nicht ein Revolutionär, der ausschließlich auf der Seite der Armen steht, politisch engagiert ist oder die Erpressung, die Entführung, den Mord und den bewaffneten Kampf zur Veränderung ungerechter Gesellschaftsstrukturen rechtfertigt“. Dem christlichen Denken widerspreche auch jene theologische Denkrichtung, die eine Entscheidung zugunsten des Marxismus treffe, den dialektischen Materialismus zwar ablehnen möchte, weil er zur Leugnung Gottes führe, den historischen Materialismus aber für annehmbar halte, weil er durch den Klassenkampf Gerechtigkeit schaffe.

## Bücher

WOLFGANG CYRAN, *Verantwortete Elternschaft*. Kritische Anmerkungen zur Enzyklika „Humanae vitae“. Verlag Josef Knecht, Frankfurt/Main 1981. 160 S. 26,80 DM.

Wolfgang Cyran ist Gynäkologe und Medizinberichterstatter, weiteren Kreisen bekannt vor allem durch zahlreiche Beiträge in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Obwohl auch der vorliegende Band primär Informationszwecken dient: über die anthropologische Struktur der Sexualität, über die Biologie menschl-

cher Fortpflanzung und über die gegenwärtig angewendeten Mittel der Empfängnisverhütung und ihre medizinische und moraltheologische Beurteilung, liegt seine eigentliche Bedeutung doch in einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der Empfängnisregelungs-Enzyklika Pauls VI. Cyran vertritt entschieden die Auffassung, daß nicht nur die Ableitung der zentralen moraltheologischen Norm der Enzyklika, Ehe müsse nicht nur als ganze, sondern im einzelnen Akt geschlechtlicher Vereinigung auf die Möglichkeit der Zeugung ausgerichtet sein, mit Ver-

nunftgründen nicht plausibel gemacht werden könne, sondern daß auch die von der Enzyklika zugrunde gelegte „Zeugungsbiologie“ falsch sei: Die fachlich zuständigen Naturwissenschaftler, vor allem Verhaltensforscher und Ärzte, hätten schon längst vor der Enzyklika sich eingehend mit der Frage der angeblich untrennbaren Verbindung zwischen Paarung und Zeugung befaßt und ein solches Gesetz nicht bestätigen können (S. 66). In seiner zentralen These wirft Cyran der „Amtskirche“ Widersprüchlichkeit vor. Einerseits halte sie verantwortete Elternschaft und damit Familienplanung für sittlich gerechtfertigt; damit sei im Kern bereits zugestanden, daß der eheliche Akt auch ohne Zeugungsabsicht sittlich gerechtfertigt sei. Wenn aber anerkannt werde, daß medizinische, eugenische, vor allem aber auch soziale Gründe für eine Beschränkung der Kinderzahl bestehen, dann sei „die Frage der Methodik von zweitrangiger Bedeutung und jedenfalls in den Einzelheiten keine Frage der Theologie, sondern eine Frage der Medizin“. Die leitenden Gesichtspunkte seien dann Sicherheit und Unschädlichkeit der Methode. Wieso zwischen den sog. künstlichen und den sog. natürlichen Methoden der Empfängnisverhütung eine anthropologische und damit auch eine moralische Kluft liegen soll – damit apostrophiert Cyran die Argumentation Kardinal Ratzingers, in dessen Adventsbrief 1980 an den Klerus seiner Diözese (vgl. HK, Februar 1981, 59) –, sei nicht einzusehen (S. 72). Die Schrift Cyrans hat eine besondere Aktualität. Sie kann schon wegen der demnächst zu erwartenden neuerlichen Auseinandersetzung um die Enzyklika und das Ergebnis der Beratungen der Bischofssynode vom letzten Herbst zum gleichen Thema und der Antwort des Papstes darauf (vgl. ds. Heft, S. 47) jedem, der, gleichgültig in welchem kirchlichen Rang als Seelsorger mit Ehefragen befaßt ist, als Informationshilfe und Argumentationsmaterial empfohlen werden. D. S.

KARL-HEINZ WEGER. *Der Mensch vor dem Anspruch Gottes. Glaubensbegründung in einer agnostischen Welt.* Verlag Styria, Graz – Wien – Köln 1981. 248 S. 34.– DM.

In seinem Buch, das auf Vorlesungen an der Münchner Hochschule für Philosophie der Jesuiten zurückgeht, vollzieht Weger drei methodische Schritte. Ein erster Teil gilt dem Aufweis einer anthropologischen Basis für den Gottesglauben. Weger verweist auf die vom Menschen notwendig zu stellende Frage nach sich selbst, die über das Vorfindliche hinausführt, auf die Verknüpfung von Selbst- und Weltverständnis, die zu so etwas wie einer zusammenhängenden Weltanschauung führt und auf die Dynamik menschlicher Geistigkeit, wie sie sich in negativen wie in positiven Erfahrungen zeigt. Im zweiten Teil gibt Weger einen knappen und kritischen Überblick zum Agnostizismus der Gegenwart (mit dem zusammen der kritische Rationalismus Hans Alberts abgehandelt wird), und zur Religionskritik seit der Aufklärung. Berücksichtigt werden die klassischen religionskritischen Positionen von Feuerbach, Marx und Freud sowie die Ansätze von Jean-Paul Sartre und Albert Camus. Die letzten Kapitel des Buchs arbeiten allgemeine Strukturen atheistischer Positionen heraus, stellen wichtige Argumente gegen den Atheismus zusammen und versuchen schließlich einen positiven Aufweis der Existenz Gottes. Daß gerade das dem positiven Aufweis gewidmete Schlußkapitel relativ kurz ausgefallen ist und damit Einzelfragen einer „natürlichen Gotteslehre“ nicht einbezogen werden, hat seinen Grund in Wegers klaren und begrenzten Schwerpunktsetzungen: Er ist einerseits darum bemüht, eine anthropologische Basis aufzuweisen, auf der dann über die Entscheidung für oder gegen den Glauben an Gott als die alles tragende Wirklichkeit mit vernünftigen Argumenten gestritten werden kann

und andererseits vor allem an der kritischen Auseinandersetzung mit den agnostisch-atheistischen Gegenpositionen interessiert, die auf ihre Logik und Konsistenz abgeklopft werden. So besteht der Vorzug des Buchs, mit dem Weger einen Baustein für eine erneuerte Fundamentaltheologie liefern will, vor allem darin, daß hier ein Fundus an klaren Argumenten ausgebreitet wird, die der notwendigen rationalen Auseinandersetzung um die Möglichkeit des Gottesglaubens dienen können. Die Sprache ist schnörkellos, die Argumentation geht ohne Umschweife jeweils auf das Wesentliche zu. Weger weist mit Recht darauf hin, daß die Situation des Glaubens und seiner vernünftigen Rechtfertigung vor dem Forum des menschlichen Daseinsvollzugs heute weniger durch den klassischen Atheismus denn durch eine agnostische Verdrängung der Frage nach Gott bestimmt ist. Gerade deshalb hätte man es sich wünschen können, daß er auf die demgegenüber relativ knapp angeführten Argumente für eine agnostische Position stärker eingegangen wäre. U. R.

GEORGIJ A. ARBATOW / WILLEM OLTMANS. *Der sowjetische Standpunkt. Über die Westpolitik der UdSSR.* Rogner und Bernhard Verlag, München 1981. 350 S. 38.– DM.

Eine so umfassende und detaillierte Erläuterung sowjetischer Positionen zu einer ganzen Reihe von Weltproblemen erhält der westliche Leser selten. Geboten werden diese Darlegungen von einem Mann, dessen besondere Kompetenz auf dem Gebiet der sowjetischen Außenpolitik kaum zu bezweifeln ist. Georgij A. Arbatow, der als Professor der Soziologie im 1968 gegründeten Institut zum Studium der USA und Kanadas der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften rund 300 ständigen Mitarbeitern vorsteht, gehört zu den wichtigsten Beratern *Leonid Breschnews* und erscheint bei internationalen Verhandlungen regelmäßig an seiner Seite. Das gesamte Buch ist in Form eines Interviews abgefaßt, das Arbatow dem amerikanisch-holländischen Journalisten *Willem Oltmans* gab, der den Fragenkatalog mit führenden westlichen Politikern und Experten aller Ebenen zusammengestellt hat. Geführt wurde das Interview nach dem sowjetischen Einmarsch nach Afghanistan, dem Zeitpunkt also, nach dem sich die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen abrupt verschlechterten. Nicht zuletzt deshalb bleibt im Hintergrund immer die Frage, ob die Welt nun vor einem neuen Kalten Krieg stehe. Die Ansicht, daß das Scheitern der Entspannungspolitik durch den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan verursacht worden sei, teilt Arbatow selbstverständlich nicht. Bereits seit 1977 habe die amerikanische Regierung, vor allem unter dem Einfluß *Zbigniew Brzezinskis*, begonnen, den amerikanisch-sowjetischen Konflikt als Kampf zwischen Gut und Böse darzustellen, die Denkkategorien der Entspannung durch die des Kalten Krieges zu ersetzen. Weiter bestreitet Arbatow, daß die Sowjetunion dem Westen militärisch überlegen sei; man habe lediglich ein militärisches Gleichgewicht hergestellt. Die USA jedoch sehnten sich nach der Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg zurück, als sie die mächtigste und reichste Nation der Welt waren. Vorgeworfen wird den Amerikanern von Arbatow auch eine mangelnde Fähigkeit, sich in die Lage anderer Nationen einzufühlen und deren Ängste zu verstehen. Was z. B. würden die USA selbst tun, wenn sie im Süden an ein Land grenzten, „das von einer Milliarde Menschen bewohnt wird, das mit Nuklearwaffen ausgerüstet und von messianischem Sendungsbewußtsein erfüllt ist, sowie auf einen erheblichen Teil des Südens der USA Anspruch erhebt“? Damit schneidet Arbatow den sowjetisch-chinesischen Konflikt an, der in dem Buch einen sehr breiten Raum einnimmt und der sowjetischen Führung offensichtlich immer noch wach-